

Insgesamt 10 Fragen des Stadtjugendrings zur Kommunalwahl:

Für die Parteien haben geantwortet:

Grüne	Herr Gabriel Baum
Bürgerliste	Frau Brigitte Abele
CDU	Herr David Sopp
FDP	Herr Dr. Peter Vatheuer
söl	Herr Sebastian Fritz
SPD	Frau Sigrid Heusel

1. Kann man in Gmünd generell ein freies WLAN zur Verfügung stellen?

Grüne: „In Schwäbisch Gmünd gibt es bereits seit 2014 freies WLAN. Allerdings ist die Abdeckung immer noch lückenhaft. Wir befürworten einen weiteren Ausbau des Netzes. Dabei muss auch auf die Leistungsfähigkeit geachtet werden. Wahrscheinlich wird das WLAN nicht jederzeit für datenintensive Nutzungen ausreichen. Daher wird immer nur ein Parallelangebot zur Nutzung privater mobiler Daten sein. Aktuell ist die Haushaltslage nicht sehr gut. Daher müssen für den weiteren Ausbau die anfallenden Kosten im Blick behalten werden.“

Bürgerliste: „Im Rahmen unserer Möglichkeiten setzen wir uns für freies WLAN ein.“

CDU: „In vielen Bereichen der Innenstadt wird dies bereits über „Fairfast“, ein Tochterunternehmen der Stadtwerke, angeboten. Wir versuchen dies weiter auszubauen, jedoch ist der Ausbau wie auch der Unterhalt teuer.“

FDP: „Das wäre sicherlich zu begrüßen. Vorher müsste aber noch geprüft werden, welche Kosten und Aufwand dies mit sich bringt und ob sich ggf. Sponsoren dafür finden.“

söl: „Unsere Fraktion hat immer alle Bemühungen ein solches WLAN-Netz aufzubauen unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. Wir haken da aber nochmals nach.“

SPD: „Ja. In der Innenstadt ist bereits in einigen Bereichen freies WLAN installiert. Diese Bereiche wollen wir in den kommenden Jahren auf die gesamte Altstadt sowie die Zentren der Stadtteile ausdehnen.“

2. Wie nehmen Sie den Jugendgemeinderat als Interessenvertreter der Gmünder Jugend wahr und was könnte/sollte verbessert werden?

- Grüne:** „Der Jugendgemeinderat ermöglicht grundsätzlich eine angemessene Interessenvertretung sowie sinnvolle und wichtige Jugendbeteiligung durch das Zusammentreffen mit anderen interessierten und engagierten Jugendlichen. Den Austausch unter den Jugendlichen empfinden wir oftmals als produktiv und bereichernd. Im Laufe der Jahre hat sich bereits einiges verbessert, sodass das Gremium in Zukunft produktiver und selbstständiger arbeiten kann. Vor allem auch die Anregung zu Treffen außerhalb der offiziellen Sitzungen hat unserem Eindruck nach schon dazu beigetragen. Es gibt aber weiterhin Verbesserungsbedarf. Zum Beispiel sind die Vorträge der Verwaltung teilweise inhaltlich nicht ideal an die Zielgruppe Jugendliche angepasst. Auch darüber könnte möglicherweise die Anzahl der anwesenden Jugendlichen bei Sitzungen erhöht werden.“
- Bürgerliste:** „Für die Bürgerliste bin ich als Stadträtin eingeladen zu den Sitzungen des JGR. Anfangs ist die Euphorie bei den Jugendgemeinderäten groß. Doch im Laufe der Sitzungsperiode lässt das Interesse der Mitglieder des JGR nach. Vielleicht stärkt die Senkung des passiven und aktiven Wahlalters auch das Interesse an kommunalen Gremien.“
- CDU:** „Die Zusammenarbeit mit dem Jugendgemeinderat ist uns sehr wichtig, es steht und fällt jedoch mit dem Engagement von einigen wenigen. Der JGR kann mehr Impulse setzen, seine Interessen stärker einfordern.“
- FDP:** „Der Jugendgemeinderat ist die Interessenvertretung für die Jugend der Stadt. Aus dem Gremium kommen oft gute Ideen, die dann auch im Gemeinderat diskutiert werden. Wenn seitens des Jugendgemeinderats eine bessere Zusammenarbeit gewünscht wird, sind wir offen für Vorschläge.“
- söL:** „Der Jugendgemeinderat ist ein wichtiges Gremium neben dem Gemeinderat. Wir sind aber sehr unzufrieden, weil er von der Verwaltungsspitze nicht als beratendes Gremium des Gemeinderates behandelt wird. Wir setzen uns für eine echte Beteiligung auf Augenhöhe aller relevanter Themen ein.“
- SPD:** „Im JGR werden interessante Themen angeregt. Der Austausch dazu kommt im Moment aber noch zu kurz und sollte intensiviert werden. Dem Jugendgemeinderat sollten noch mehr Kompetenzen und ein höheres Budget zugestanden werden, damit die Interessen der jungen

Menschen besser in die Gmünder Stadtpolitik eingebracht werden können.“

3. Viele Schulbusse sind zu den Hauptstoßzeiten überfüllt. Warum gibt es nicht mehr Verbindungen, um dies zu ändern?

Grüne: „Überfüllte Schulbusse machen keinen Spaß. Leider gibt es mehrere Gründe, warum es nicht mehr Schulbusse gibt und warum die vorhandenen Schulbusse zu den Hauptstoßzeiten überfüllt sind: Die Betriebsplanung der Busfahrten ist komplex, da sie auf den Stundenplänen der Schulen, den Wohnorten der Schüler und den Verkehrsbedingungen basieren. Optimierte Routen sollen die Effizienz steigern, führen aber zu Stoßzeiten zu vollen Bussen. Der Kauf und die Wartung von neuen Bussen sind teuer. Lokale Behörden und Busbetreiber haben es schwer, in neue oder zusätzliche Busse zu investieren. Es gibt auch einen Mangel an qualifizierten Busfahrern. Dieses Problem hat sich in Schwäbisch Gmünd in den letzten Jahren verschärft. Ohne genügend Fahrer können nicht mehr Busse eingesetzt werden.“

Bürgerliste: „Überfüllte Schulbusse sind mir aus meiner Jugend noch in Erinnerung. Relevant für die Busunternehmer sind wirtschaftliche Kriterien. Unsere Fraktion setzt sich seit langem für ein besseres ÖPNV- Angebot in der Stadt und den Teilorten ein, dazu gehören z. B. Angepasste Taktzeiten von Bus und Bahn.“

CDU: Beantwortet zusammen mit Frage 4.

FDP: „An den Gmünder Schulen wurden unlängst unterschiedliche Startzeiten eingeführt. Das heißt, die einzelnen Schulen starten und enden zu unterschiedlichen Zeiten. Hierdurch sollte sich das Problem der überfüllten Busse eigentlich entzerren.“

söl: „Das ist in der Tat ein großes Ärgernis. Unsere Fraktion wird sich weiterhin dafür stark machen, den ÖPNV auszubauen und zu einer echten Alternative zum Individualverkehr werden zu lassen. Konkret dazu werden wir aber nochmals eine Anfrage stellen.“

SPD: „Das Problem zu voller Schulbusse haben wir in den letzten Jahren bereits angesprochen und erwarten, dass die Busunternehmen gemeinsam mit den Schulen und der Verwaltung Lösungen finden. Morgens und mittags sollten auf den stark frequentierten Linien mehr

Busse eingesetzt werden oder die Schulzeiten gestaffelt beginnen und enden.“

4. An Sonntagen fahren sehr wenige Busse. Wie lässt sich das ändern?

Grüne: „An Sonntagen fahren nicht so viele Busse, weil generell weniger Leute unterwegs zur Arbeit oder nicht in die Schule fahren und deswegen auch nicht so viele Leute den Bus benutzen. Aber es ist klar, dass es ärgerlich ist, wenn Du am Sonntag wohin möchtest und es fährt kein Bus. Zwei Fragen müssen daher beantwortet und gelöst werden: Welche flexibleren Angebote sind sinnvoll und wie kann das Ganze bezahlt werden. Die Lösung liegt in einer Grünen Verkehrspolitik! Neben den klassischen Linienbussen wären verschiedene flexible Mobilitätsangebote denkbar, zum Beispiel Anrufsammeltaxis (AST). AST sind ein Tür-zu-Tür-Verkehrsservice, der ähnlich wie ein Linienbus funktioniert, aber flexibler ist. Fahrgäste melden ihren Fahrtwunsch telefonisch an, und ein Kleinbus oder Taxi sammelt die Fahrgäste nach Bedarf ein. Auch On-Demand-Kleinbusse funktionieren ähnlich, sind aber häufig über eine App buchbar. Sie kombinieren Fahrten von mehreren Passagieren mit ähnlichen Routen, was die Kosten reduziert. Solche Services passen sich dynamisch der Nachfrage an und sind besonders in städtischen Gebieten verbreitet. Ergänzend dazu gibt es noch weitere Möglichkeiten, z.B. Verleihsysteme wie Car-, Bike-, E-Scooter-Sharing. Die Finanzierung könnte über den Mobilitätspass erfolgen, also eine Nahverkehrsabgabe, die von der Landesregierung ermöglicht werden wird. Die Idee dahinter ist einfach und fair: Aus einer Abgabe, für die es verschiedene Möglichkeiten gibt, kann als Gegenleistung ein ÖPNVTicket oder das Deutschland-Ticket deutlich vergünstigt werden. Außerdem können die Einnahmen auch für den Ausbau des ÖPNV vor Ort investiert werden.“

Bürgerliste: „Das stellte ich selbst auch fest. Es ist schwierig sonntags eine Veranstaltung zu besuchen, wenn man auf den ÖPNV angewiesen ist. Ein gutes Angebot für die ÖPNV-Nutzer ist der Fahrpreis von 1 € am Wochenende, Feiertagen und nach 19.00 Uhr. Wir bleiben weiterhin dran an einer Stärkung des ÖPNV.“

CDU: „Der Nahverkehrsplan wird vom Kreis erstellt und fortgeschrieben. Das Ziel in den vergangenen Jahren war, generell eine bessere Taktung zu erreichen. Zu Stoßzeiten werden bereits mehr und größere Busse eingesetzt. Außerdem wird versucht durch flexiblere Zeiten für den Schulbeginn eine Entlastung zu erreichen. Wie bei vielen Themen ist

dies immer eine Frage der Finanzierbarkeit. Sonntags ist generell die Nachfrage geringer, weshalb auf eine engere Taktung verzichtet wird.“

- FDP: „An Sonntagen werden Busfahrten generell viel weniger in Anspruch genommen als an Werktagen. Sollte es aber auch sonntags einen erhöhten Bedarf geben, sollte im Kreistag, der für den ÖPNV zuständig ist, eine Debatte über eine Erhöhung der Fahrtenfrequenz angeregt werden.“
- söl: „Da gilt gleiches wie bei der vorherigen Frage. Der ÖPNV muss deutlich gestärkt und ausgebaut werden.“
- SPD: „Das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs muss grundsätzlich ausgebaut werden – das betrifft nicht nur den Sonntag, sondern auch die Anbindung der Teilorte an die Kernstadt. Der ÖPNV muss aber auch mehr genutzt werden. Bereits vor einigen Jahren wurde daher das „Ein-Euro-Ticket“ eingeführt, um die Fahrtkosten zu senken und damit einen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV zu geben. Der Einsatz von „Rufbussen“ wäre am Sonntag sicher auch eine Möglichkeit die Verbindungen zu verbessern.“

5. Als Jugendliche und junge Erwachsene ist uns der Klimawandel sehr wichtig, weil es uns und unsere Kinder treffen wird. Was ist ihr Anteil an der städtischen Klimapolitik?

- Grüne: „Unsere Fraktion hat den Klimaschutz und auch die Klimaanpassung immer als einen Kernpunkt unserer Politik behandelt. Wir haben mit durchgesetzt, dass die Stadt bis 2035 klimaneutral sein will. Deshalb drängen wir zum Beispiel seit jeher auf eine schnellere energetische Sanierung von städtischen Gebäuden. Ein anders Beispiel ist unser Einsatz für eine Anpassung an heiße Sommer durch mehr Bäume und Pflanzen in der Stadt. Dafür sind wir auch bereit Schulden aufzunehmen. Ansonsten hinterlassen wir eine Stadt, die weiterhin den Klimawandel anheizt und andererseits die Bürgerinnen und Bürger im Regen und in der Hitze stehen lässt.“
- Bürgerliste: „Bei der Diskussion wie die Klimaneutralität und die Transformation der Wirtschaft auf kommunaler Ebene am besten zu erreichen sind, müssen die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Menschen mit kleinem Geldbeutel sind nicht in der Lage eine PV-Anlage oder Wärmepumpe zu installieren. Hier müssen Bund und Land Lösungsansätze aufzeigen. Auf unserer kommunalen Ebene arbeiten

verschiedene Akteure im Klimarat, im Transformationsrat und bei „Gmünd für morgen“ für das Machbare auf kommunaler Ebene.“

CDU: „Unser Motto lautet hier stets, unter allen Gesichtspunkten abzuwägen und dann Entscheidungen zu treffen. Reiner Aktionismus ist meist nicht zielführend. Wo wir als Stadt wirklich positives erreichen können ist beispielsweise bei der energetischen Sanierung der städtischen Gebäude. Dies ist ein langer Prozess, der in den kommenden Jahren etliche Millionen an Investitionen erfordert.“

FDP: „Klima- und Umweltschutz sind uns sehr wichtige Anliegen! Wichtig ist für uns in diesem Zusammenhang, dass Klimaschutzmaßnahmen stets einer Kosten-Nutzen-Analyse standhalten. Das heißt, der Nutzen muss jeweils in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten stehen. Das ist zum Beispiel bei Haussanierungen auf dem Stand der Technik der Fall oder auch bei einer maßvollen Begrünung der Innenstadt, um dort das Mikroklima zu verbessern - gerade an heißen Sommertagen.“

söl: „Unsere Fraktion war maßgeblich an dem Beschluss zur Klimaneutralität bis 2035 beteiligt. Der Beschluss ist das eine, konkrete Maßnahmen das andere. Daher werden wir weiterhin Druck machen und die Umsetzung und Priorisierung von Maßnahmen zur Erreichung des Ziels einfordern. Außerdem setzten wir uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Flächen ein - im Hinblick auf die Klimakrise, aber auch um für künftige Generationen noch freie Flächen vorzuhalten.“

SPD: „Wir haben uns für mehr Investitionen in erneuerbare Energien und die Wärmewende, klimaneutrale Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien eingesetzt. Die Erstellung eines Masterplans zur Umsetzung der Klimaneutralität bis 2035 ist neben anderen Themen von der SPD-Fraktion beantragt worden.“

6. In dem Zusammenhang geben wir eine Frage von Schüler*innen des Schulzentrums Strümpfelbach weiter: Warum dauert es nun schon drei Jahre, bis die erste Gmünder Fahrradstraße Klarenbergstraße kommt?

Grüne: „Die Klarenbergstraße sollte schon vor einem Jahr zur Fahrradstraße umgebaut werden, das Regierungspräsidium hat aber wegen zu geringer Fahrbahnbreite Widerspruch eingelegt, zu Recht. Aber die Verwaltung hat auch zu zögerlich die Umsetzung voran getrieben, zu wenig offensiv den Nutzen für die gesamte Stadt, für mehr Fahrradverkehr und weniger Stau insgesamt betont. Mit der neuen

Mannschaft im Klimaamt wurde im letzten Südstadtforum eine Mehrheit der Bevölkerung für diese Idee gewonnen, die nun umgehend umgesetzt werden muss.“

Bürgerliste: „Es gibt Bewohnerinnen und Bewohner der Klarenbergstraße, die einer Fahrradstraße skeptisch gegenüberstehen. Auch sie müssen in die Entscheidungsfindung „Fahrradstraße“ einbezogen werden.“

CDU: „Der erste Ansatz hat nach rechtlicher Prüfung ergeben, dass viele Parkplätze entfallen müssten. Bei einer ohnehin schon sehr angespannten Situation ist dies nicht im Sinne der Anwohner. Die Suche nach einer guten Lösung für alle Beteiligten zieht sich leider etwas in die Länge.“

FDP: „Gute Radwege sind ein wesentlicher Bestandteil einer modernen Verkehrsinfrastruktur. Ob in diesem Zusammenhang eine reine Fahrradstraße sinnvoll ist, muss man im Einzelfall entscheiden - unter Abwägung aller Interessen, insbesondere auch der Anwohner.“

söl: „Das ist eine sehr gute Frage und hier sind wir mit dem Tempo überhaupt nicht einverstanden. Der Gemeinderat hat dazu mehrere einstimmige Beschlüsse gefasst und dennoch kommt die Verwaltung nicht in die Umsetzung. Wir werden weiterhin die Realisierung der Fahrradstraße einfordern um bei dem Ziel eines durchgängigen Radwegenetzes endlich voran zu kommen.“

SPD: „Dieser lange Umsetzungszeitraum ist auch für die SPD-Fraktion absolut unbefriedigend, denn von der Verwaltung und einigen Mitgliedern des Gemeinderates hätten wir ein entschlosseneres Umsetzen der Maßnahme erwartet. An der Realisierung des Fahrradwegekonzeptes bleiben wir dran.“

7. Junge Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen, finden alle wichtig. Wie hoch ist ihr Frauenanteil auf der Liste und was tut ihre Fraktion dafür, um mehr Frauen für die Politik zu gewinnen?

Grüne: „Die Partei Bündnis 90/Die Grünen engagiert sich seit ihrer Gründung für Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung junger Frauen in der Politik. Dies wird durch eine Vielzahl von Maßnahmen unterstützt: Die Grünen stellen sicher, dass mindestens die Hälfte ihrer Listenplätze mit Frauen besetzt sind. Durch das Reißverschlussverfahren, bei dem Frauen und offene Plätze abwechselnd aufgestellt werden, ist garantiert, dass auch auf den vorderen Plätze Frauen stehen und die

Listen insgesamt vielfältig besetzt sind. Die Wählerinnen und Wähler überzeugt das: Im aktuellen Gemeinderat haben wir Grünen in Schwäbisch Gmünd derzeit einen Frauenanteil von 50 %. Im Gemeinderat arbeiten wir daran die Sitzungskultur familienfreundlicher zu gestalten um die Vereinbarkeit von Familienleben und politischem Engagement zu unterstützen und eine gerechtere und vielfältigere Politiklandschaft zu schaffen.“

Bürgerliste: „Im Vorfeld der Listenaufstellung sprachen wir gezielt Frauen an. Doch waren wir auch darauf bedacht eine gute Mischung von Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Altersgruppen zu finden. Unsere Liste besteht aus 26 Frauen und 22 Männern.“

CDU: „Wir haben als CDU aktuell bereits die meisten Frauen im Gemeinderat. Auf unserer Liste sind etwa 30% Frauen vertreten, wir haben aktiv Frauen angesprochen und ermutigt bei der Kommunalwahl zu kandidieren.“

FDP: „Der Frauenanteil auf unserer Liste ist sicherlich ausbaufähig. Das lässt sich aber nicht einfach verordnen. Es muss auch ein Interesse bestehen. Wir sind sehr offen und dankbar für Vorschläge, wie sich junge Menschen mehr für (politische) Ehrenämter begeistern lassen!“

söl: „Beinahe die Hälfte unsere Kandidat*innen sind Frauen. Darauf haben wir ein besonderes Augenmerk gelegt. Wir freuen uns auch sehr, dass junge Frauen auf der Liste sind und wir haben bei unserem Programm (siehe Internetseite) auch einen eigenen Schwerpunkt auf Frauenpolitik gelegt.“

SPD: „Frauen sind auf den Listen der SPD gut vertreten. Der Frauenanteil auf der Wahlliste für den Gemeinderat beträgt 44% und für den Kreistag 50%. Grundsätzlich streben wir ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis an. Wir ermutigen Frauen sich für Wahlen aufstellen zu lassen und versuchen durch Kinderbetreuung und angepasste Sitzungszeiten die Rahmenbedingungen für Frauen und Mütter zu verbessern. Darüber hinaus sind die Kinderbetreuungseinrichtungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter intensiv auszubauen.“

8. Junge Leute, die in unserer Stadt eine Ausbildung machen oder studieren, beklagen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Wie lässt sich das aus ihrer Sicht beheben?

- Grüne: „Wir setzen uns für eine aktivere Wohnungspolitik in Sachen bezahlbaren Wohnraum ein. Vor allem die städtische Wohnbaugesellschaft VGW und der Bauverein stellen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung, allerdings kaum für Studierende oder Auszubildende. Wenn das Studierendenwerk bereit ist neue Wohnheime zu bauen, sollte die Stadt in geeigneten Bebauungsplänen Möglichkeiten dafür schaffen. Andererseits stehen viele Häuser und Wohnungen leer. Hier kann die Stadt mit ihrer Wohnraumoffensive aktiv werden. Studierende und Auszubildende sollten auch von der erfolgreichen Initiative profitieren können. Die Wohnraumoffensive vermittelt leerstehenden Wohnraum an suchende Personen, u.a. durch Beratung und Unterstützung der Vermieter.“
- Bürgerliste: „Sozialer Wohnungsbau ist Aufgabe von Bund und Land. Im städtischen Bereich erwarten wir, dass die Vorgaben für bezahlbaren Wohnraum z. B. Bei der Bebauung der Schapplachhalde umgesetzt werden. Die vielen Leerstände in der Stadt sind prädestiniert, um Wohnraum zu schaffen. Doch dazu müssen die Eigentümer bereit sein.“
- CDU: „Nach den Regeln der Marktwirtschaft regeln Angebot und Nachfrage die Preise. Wir müssen daher generell mehr Wohnraum schaffen um das Angebot zu steigern. Dazu müssen wir aber auch Flächen verbrauchen, was im Konflikt zu den Klimazielen anderer Parteien steht.“
- FDP: „Was bezahlbaren Wohnraum anbelangt, sind wir in Gmünd mit der vgw und dem Bauverein in einer sehr privilegierten Situation. Diese Wohnungsbaugesellschaften haben sich auch dem Allgemeinwohl verpflichtet und können daher Wohnraum zu günstigeren Konditionen anbieten als private Investoren. Aber auch diese Gesellschaften müssen Rücksicht auf die allgemeine Marktsituation nehmen - wollen wir sie uns auch weiterhin erhalten.“
- söl: „Zum einen gilt es, dass die VGW weiterhin bezahlbaren Wohnraum in ihrem Bestand hält und neuen schafft. Darüber hinaus war es unsere Fraktion, die in den letzten Jahren dieses so extrem wichtige Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat. 2020 gab es dann einen einstimmigen Beschluss, wonach Investoren auch bezahlbaren Wohnraum schaffen müssen. Anders als viele andere Fraktionen im Gemeinderat meinen wir, dass es diesen

konsequent anzuwenden gilt und da keine Ausnahmen gemacht werden dürfen.“

SPD: „Es ist klar, dass mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen und gebaut werden muss. Das haben wir beantragt und im Gemeinderat wurde beschlossen, dass bei jedem neuen Bauvorhaben mindestens 15% der Wohnfläche als bezahlbarer Wohnraum angeboten werden muss. Zukünftig werden wir uns für eine Erhöhung auf eine 25%-Quote einsetzen und die Durchsetzung nachverfolgen. Darüber hinaus werden wir uns für konkrete Wohnungsbauvorhaben für junge Menschen einsetzen.“

9. Wie lässt sich der Spitalhof sicherer machen?

Grüne: „Im Spitalhof sollten alle Besucherinnen und Besucher, egal ob jung oder älter, egal welchen Geschlechts keine Gefühl der Unsicherheit haben. Um dafür zu sorgen wäre eine Verbesserung der Beleuchtung in der dunkleren Jahreszeit und die regelmäßige Präsenz von Ordnungsdienst, Polizei, aber vor allem auch von Menschen aus der offenen Jugendarbeit wichtig. Eine starke Gemeinschaft ist eine der wichtigsten Grundlagen für eine sichere Stadt. Durch die Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Unterstützung von Bürgerinitiativen kann das Vertrauen unter den Bewohner*innen gestärkt werden. Auch das kann den Spitalhof und die gesamte Stadt zu einem sicheren Ort machen. Wenn man sich kennt, passt man besser aufeinander auf. Das Gefühl der Solidarität wird in gemeinsamen Räumen gefördert und das Risiko von Straftaten verringert.“

Bürgerliste: „Durch mehr Präsenz des KOD, durch soziale Kontrolle der Stadtbewohner und durch aufsuchende Sozialarbeit.“

CDU: „Mehr Präsenz von KOD und Polizei helfen hier sicher, auch ein Streetworker könnte zur Besserung der Situation beitragen. Aber um rund um die Uhr Kontrolle zu haben müsste man über weitere Schritte, beispielsweise Videoüberwachung, nachdenken.“

FDP: Beantwortet zusammen mit Frage 10.

söl: „Da wurden schon viele Maßnahmen in der Vergangenheit durchgeführt. Aber sicher lässt sich da noch etwas unternehmen. Wir meinen, das gehört zum Beispiel auch mal in einer Sitzung des Jugendgemeinderates besprochen.“

SPD: „Die Sicherheit im Spitalhof und an Brennpunkten haben Polizei und kommunaler Ordnungsdienst gemeinsam mit Streetworkern im Blick. Falls notwendig, muss überprüft werden, die Personalstärke in diesem Bereich zu erhöhen.“

10. Was kann ihre Fraktion dazu beitragen, dass Gmünd allgemein sicherer wird?

Grüne: „Schwäbisch Gmünd ist im großen und ganzen keine unsichere Stadt. Allerdings gibt es durchaus Vorfälle, denen durch direkte Maßnahmen und einen Ausbau der Präventionsarbeit etwas entgegen gesetzt werden sollte. Wir können uns vorstellen, dass das Tragen von Waffen verboten und stärker kontrolliert wird. Wir wollen, dass die Aktion Noteingang noch stärker ins Bewusstsein gerückt wird. Die Noteingänge sollten nicht nur mit einem Schild, sondern auch durch entsprechende Leuchthinweise erkennbar und auffindbar werden. Auch sollte der Ansatz stärker beworben werden. Wir setzen uns für eine Stärkung der offenen Jugendarbeit ein. Parallel dazu wäre und ist es wichtig, bereits Kinder und Jugendliche in Schulen und Vereinen für mehr Zivilcourage zu sensibilisieren, um zu wissen wie man in schwierigen Situationen handeln kann ohne sich selbst in Gefahr zu bringen. Darüber hinaus ist eine starke Gemeinschaft eine der wichtigsten Grundlagen für eine sichere Stadt. Die Förderung des Zusammenhalts kann das Vertrauen und damit das Sicherheitsgefühl verbessern, aber auch tatsächlich mehr Sicherheit schaffen. Wenn man sich kennt, passt man besser aufeinander auf.“

Bürgerliste: „Im Gemeinderat setzen wir uns für die Stärkung des KOD, eine Verbesserung der Schulsozialarbeit und attraktive Angebote zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität ein.“

CDU: „Auf Antrag unserer Fraktion wurde in den vergangenen Jahren der kommunale Ordnungsdienst geschaffen und stets ausgebaut. Dadurch haben wir bereits spürbar für mehr Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt gesorgt.“

FDP: „Hier fordern wir eine Stärkung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Dies und auch weitere Informationen zu unseren Thesen für Gmünd sind abrufbar unter www.fdpschwäbisch-gmünd.de/gemeinderat/“

söl: „Wichtig ist, dass diese Diskussion immer auf der Basis von Fakten und Statistiken geführt wird. Wir entnehmen der Frage aber, dass es ein Gefühl bei jungen Menschen gibt, wonach die Stadt nicht sicher sei.

Dies muss sachlich diskutiert werden und da wollen wir gerne unterstützend tätig sein.“

SPD: „Um das Sicherheitsgefühl zu verbessern ist eine Belebung der Innenstadt auch durch Wohnungsangebote und eine gute Aufenthaltsqualität weiterhin anzustreben.“